

EUROPA

# Muttis neuer Liebling

In ihrer dritten Amtszeit will Angela Merkel zur Kanzlerin Europas werden – und ein Stück nach links rücken. Ihr geheimer Verbündeter: EU-Parlamentspräsident Martin Schulz (SPD).

Es war beim Abendessen im Brüsseler Ratsgebäude, das Dessert wurde gerade serviert, als Angela Merkel kurz vor Mitternacht tat, was Europas Regierungschefs seit Monaten von ihr fordern: Führungswillen zeigen. Die Euro-Länder müssten wettbewerbsfähiger werden, verlangte die Kanzlerin. Die bisherigen Kontrollen der EU-Kommission reichen nicht aus, es müsse „eine härtere Verbindlichkeit“ geben. Die „soziale Dimension“ dürfe aber auch nicht außer Acht gelassen werden, befand die CDU-Chefin. Europa benötige einen „qualitativen Sprung“.

Merkel ist entschlossen, in ihrer dritten Amtszeit zur Kanzlerin Europas zu werden. Bei der jüngsten Wahl haben ihr die Deutschen mehr Stimmen gegeben als je-

mals zuvor, sie gilt als „die wichtigste Politikerin des Kontinents“ („Economist“), und sie wird bald in einer Koalition mit der zweitgrößten Partei Deutschlands regieren. Eine günstige Ausgangsposition, davon ist Merkel überzeugt, um jenes Projekt voranzutreiben, das ihr politisches Vermächtnis werden soll: die Reform der Europäischen Union.

Zwar ist die Gefahr, dass die Gemeinschaftswährung rasch auseinanderbricht, vorerst gebannt, und auch die Konjunktur in der Euro-Zone zeigt erstmals seit langem wieder Lebenszeichen. Doch Merkel weiß, dass die Krise jederzeit wieder aufblammen kann. Von Frankreich bis Italien haben Euro-skeptische Parteien Zulauf, die Reformen in vielen Schuldenländern stocken, die Banken zögern mit Krediten.

Die Kanzlerin bereitet deshalb eine europäische Reformoffensive vor (SPIEGEL 43/2013), und sie weiß auch schon, wie sich das Vorhaben durchsetzen lässt: Gemeinsam mit den wahrscheinlichen neuen Koalitionspartnern von der SPD will sie ihrer Europapolitik einen sozialeren Anstrich geben. Von Programmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Steuerflucht ist die Rede und einem eigenen Euro-Zonen-Budget zur Wachstumsförderung. Im Gegenzug soll Brüssel mehr Rechte bekommen, um Finanz- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer zu kontrollieren.

Geld gegen Reform: Ihre umstrittene Doktrin will Merkel künftig in einer sozialdemokratischen Variante weiterführen, für die im Kanzleramt auch schon der wichtigste Verbündete ausgeguckt ist. Merkel will ihr Vorhaben im Duo mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz durchsetzen, der nicht nur die SPD-Delegation für die Koalitionsverhandlungen zur Europapolitik anführt, sondern schon seine nächsten Karriereschritte im Blick hat: Zunächst will er Spitzenkandidat der Sozialisten für die Europawahlen im Mai werden. Danach greift er, sofern er genügend Stimmen zusammenbekommt, nach dem Posten des mächtigen Brüsseler Kommissionspräsidenten.



Politiker Schulz, Merkel

JOHN THNS / AFP

Merkel würde endlich den einst von ihr protegierten, nun aber ungeliebten Amtsinhaber José Manuel Barroso los. Zugleich könnte sie im Tandem mit Schulz Reformen für Wachstum und Wettbewerb auf den Weg bringen.

Das ist dringend geboten, so wie bisher kann es in Europa nicht weitergehen, machte Merkels Europaberater Nikolaus Meyer-Landrut Anfang Oktober auf einem Vorbereitungstreffen zum Gipfel in Brüssel deutlich. Dabei präsentierte ein Vertreter der Europäischen Zentralbank gleich eine ganze Serie von Grafiken, nach denen zahlreiche EU-Länder in den vergangenen sieben Jahren an Konkurrenzfähigkeit eingebüßt haben.

Ausgerechnet Krisenstaaten wie Griechenland, Zypern und Portugal zählen zu den Verlierern, dagegen stieg Deutschland im gleichen Zeitraum von Rang acht auf Platz vier auf, gleich hinter der Schweiz, Singapur und Finnland (siehe Grafik).

Wie sehr die Regierungen vieler Euro-Länder in Verzug geraten sind, belegt eine weitere Zahl. Insgesamt 131 Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten der Währungsunion sind vergangenes Jahr beschlossen worden. Mit den Maßnahmen sollten die Länder für mehr wirtschaftliche Dynamik sorgen. Doch das ist kaum gelungen, wie EZB-Direktor Jörg Asmussen bei einem Treffen von Spitzenbeamten der Mitgliedsländer Anfang Juni kritisierte. Nur ein Bruchteil der Verabredungen sei tatsächlich in Kraft gesetzt.

„Im letzten Jahr sind nur zehn Prozent der länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission umgesetzt worden“, wettet er jetzt auch öffentlich. Die EU-Kommission verteidigt hingegen das bestehende System. „Es funktioniert“, sagt Währungskommissar Olli Rehn. Die Euro-Zone habe „eine beispiellose Vertiefung der wirtschaftlichen Integration“ erreicht. „In den vergangenen drei Jahren haben wir einen Quantensprung hin zu mehr wirtschaftspolitischer Koordinierung unternommen.“

Bundesregierung und EZB sehen das anders. Die mangelnde Umsetzung zeige, so Asmussen, „dass die im Prinzip richtigen Verfahren der wirtschaftspolitischen Koordinierung in Europa nicht richtig funktionieren“. Das Defizit bei Reformen liege nicht in der Erkenntnis, sondern in der Umsetzung. „Es macht wenig Sinn, ständig neue Verfahren zur wirtschaftspolitischen Koordinierung zu erfinden, wenn die bestehenden nicht angewendet werden.“ Europa brauche mehr Abstimmung, die aber besser umgesetzt wird.

Deshalb will Kanzlerin Merkel die Anpassungsbereitschaft der Länder nun mit zusätzlichem Geld fördern. Bereits im

vergangenen Mai legte sie gemeinsam mit Frankreichs Staatspräsident François Hollande einen entsprechenden Vorschlag vor. Länder, die sich vertraglich zu weitreichenden Programmen verpflichtet haben, sollen mit frischem Geld aus einem neuen Topf geködert werden.

Unter Hochdruck arbeiten die Beamten des Bundesfinanzministeriums derzeit daran, wie der neue „Solidaritätsmechanismus“ funktionieren könnte. Zum einen sollen die Hilfszahlungen an harsche Bedingungen geknüpft sein, zum anderen sollen sie „limitiert und degres-

und im entsprechenden Unionspapier heißt es: „Wir sind gegen die gemeinsame Haftung von Staatsschulden – seien es Alt- oder Neuschulden.“

Doch die SPD ist längst bereit, ihre Forderung nach Euro-Bonds oder einem Schuldentilgungsfonds fallen zu lassen, wenn sie dafür an anderer Stelle etwas herauschlagen kann. So verlangt die SPD „Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuer-ermeidung und -unterbietung“, ein „europäisches Investitionsprogramm in Bildung, Forschung und Infrastruktur“ sowie einen „Wachstumsfonds“, der „durch eine Einlage der EZB mit Grundkapital versehen“ werden soll. Das klingt kaum anders als das Unionspapier, das ebenfalls Vorhaben zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung ankündigt sowie „die möglichst rasche Einführung einer Finanztransaktionsteuer“.

Die Linie der neuen Berliner Regierung ist absehbar: Keine Euro-Bonds, aber mehr Geld für Wachstumsprogramme und zusätzliche Kontrollrechte für Brüssel.

Um den neuen Kurs durchzusetzen, hat sich Merkel, in den eigenen Reihen gern Mutti genannt, mit EU-Parlamentspräsident Schulz einen neuen Liebling auserkoren. Der SPD-Politiker sagt zwar öffentlich: „Angela Merkel ist nicht meine beste Freundin.“ Doch wenn die Mikrofone ausgeschaltet sind, sprechen die beiden voller Hochachtung voneinander.

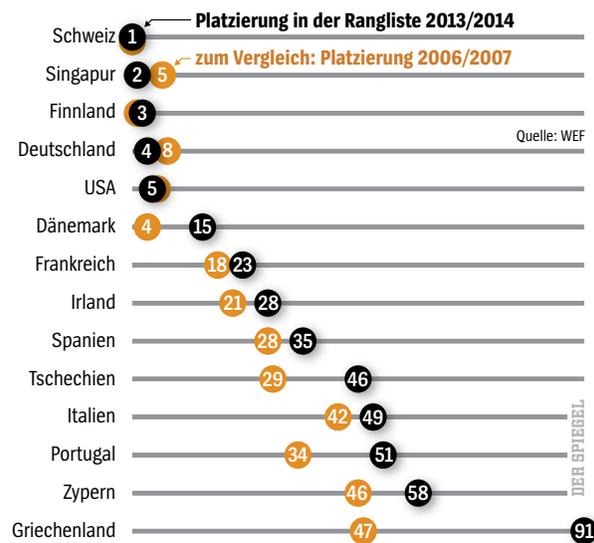
Schulz trifft die Kanzlerin regelmäßig in Berlin, sie tauschen SMS-Botschaften aus und schmieden Kompromisse, zuletzt beim Nachtragshaushalt für die EU. Beide sind dagegen, alles auf EU-Ebene zu regeln, auch über den Weg zu einer stärkeren Währungs- und Wirtschaftsunion sind sie sich weitgehend einig.

Am vergangenen Mittwoch traf Schulz in Berlin Finanzminister Wolfgang Schäuble. Der CDU-Politiker plädierte dafür, die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Euro-Länder voranzutreiben und dafür den Lissabon-Vertrag zu ändern. Schäuble will der EU-Kommission mehr Macht geben und einen europäischen Finanzminister ernennen, der in nationale Haushaltsbeschlüsse eingreifen darf. Gleichzeitig soll ein Euro-Parlament entstehen, in dem die Europa-abgeordneten aus den Ländern der Währungsunion zusammen mit nationalen Parlamentariern die Entscheidungen der EU-Kommission überwachen. Vorteil des Verfahrens: Es müsste keinen zeitraubenden Verfassungskonvent geben, Volksabstimmungen wären unnötig, eine Regierungskonferenz würde ausreichen.

Schulz wäre für die Große Koalition ein wichtiges Bindeglied. Mit SPD-Chef

## Der Süden fällt zurück

Globale Wettbewerbsfähigkeit im Ländervergleich



siv“ ausgestaltet werden. Im Klartext: Mit fortschreitendem Reformenerfolg fallen die Überweisungen geringer aus.

Um an das nötige Geld für den neuen Fonds zu kommen, ziehen die Experten zwei Quellen in Betracht. Die Einnahmen der geplanten Finanztransaktionsteuer könnten nach Brüssel fließen, aber auch Anteile aus Eigenmitteln der EU könnten abgezweigt werden.

Eine Entscheidung darüber ist noch nicht gefallen, genauso wenig wie über die Höhe des neuen Geldtopfes. Die Finanzministerialen sind sich aber bewusst, dass sie weitreichende Beschlüsse vorbereiten, an deren Ende ein eigener Haushalt für die Euro-Zone steht. Lange war das für Merkel ein Tabu. Nun soll es fallen, nicht zuletzt, um die SPD in den anstehenden Koalitionsverhandlungen gefügig zu stimmen.

Auch in vielen anderen Fragen sind die beiden Lager der künftigen Großkoalition längst auf Kompromisskurs, wie ihre Positionspapiere für den Bündnispartner ausweisen. Zwar ist im SPD-Konzept der Autoren Peter Friedrich und Axel Schäfer, beides ausgewiesene Europakenner, noch von einer europäischen „Teilvergemeinschaftung der Staatsschulden“ die Rede,

---

Sigmar Gabriel ist er eng befreundet, aber auch in Europa kann Merkel ihn gut gebrauchen. Die Wahl zum Europaparlament im nächsten Jahr wird die erste sein, die nach den Bedingungen des Lissabon-Vertrags abgehalten wird. Demzufolge muss ihr Ergebnis bei der Nominierung des Kommissionspräsidenten von den 28 Regierungschefs der Mitgliedstaaten berücksichtigt werden.

Der 57-Jährige hat gute Chancen auf das Amt, denn er hat in der Vergangenheit fleißig Verbündete gesammelt. Im Europaparlament und im Europäischen Rat rechnet er mit einer breiten Unterstützung, weit über die Reihen der eigenen sozialdemokratischen Parteienfamilie hinaus.

Merkel weiß das, und sie könnte gut mit einem Kommissionspräsidenten Martin Schulz leben, nicht zuletzt weil der SPD-Politiker das Vertrauen des französischen Staatspräsidenten François Hollande genießt. So könnte der stotternde deutsch-französische Motor wieder zum Laufen gebracht werden.

Merkel hat nur ein Problem: Als CDU-Vorsitzende kann sie den SPD-Mann Schulz nicht offen unterstützen. In den Europawahlkampf werden die beiden künftigen Koalitionspartner Union und SPD daher getrennt ziehen.

Dennoch ist Merkel bemüht, keine unnötigen Fronten mit dem Sozialdemokraten aufzubauen. Vergangenen Donnerstag trafen sich die Spitzen der konservativen Europäischen Volkspartei, um über die bevorstehende Europawahl zu beraten. Viele plädierten dafür, einen eigenen konservativen Spitzenkandidaten gegen Schulz ins Rennen zu schicken. Merkel dagegen äußerte gemeinsam mit EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy große Bedenken. Sie will sich offenhalten, wer nach der Wahl ihr Favorit für den einflussreichen Kommissionsposten ist – vielleicht sogar der SPD-Politiker Schulz?

Sicher ist, dass Angela Merkel die Hilfe deutscher Sozialdemokraten gut gebrauchen kann, wenn sie ihre Agenda in Europa durchsetzen will. Beim EU-Gipfel in der vergangenen Woche debattierten die Regierungschefs mehr als eine Stunde lang, welche ökonomischen und sozialen Kriterien bei den geplanten Wettbewerbsverträgen eine Rolle spielen sollen.

Vielen Politikern aus der europäischen Linken aber passt die ganze Richtung nicht, wie etwa der österreichische Bundeskanzler Werner Faymann deutlich machte. „Nur weil eine Belohnung in Aussicht steht“, schimpfte der Sozialdemokrat, „wird das österreichische Parlament keinem Knebelvertrag zustimmen.“

PETER MÜLLER, CHRISTOPH PAULY,  
CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA,  
CHRISTOPH SCHULT